



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 16.01.2017	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:32 Uhr	
Sitzungsort:	Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Günter Kämer- CDU	Vertretung für: Herrn Dirk Freitag	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Carl-Wilhelm Howe- grün+alternativ+links (GAL)		
Ulrich Plusckell- SPD		
Harald Quirder- SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Thomas-Markus Leber- FDP		
Karsten Mihr- BfL		
Dr. Ulrich Brock- CDU		
Ute Friedrichsen- SPD		
Roswitha Kaske- CDU		
Arne-Matz Ramcke- Bü90/DIEGRÜNEN		
Dieter Rosenbohm- BfL		
Oliver Prieur- CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Burkhard Eymmer	
Michael Rostkowski- SPD	Vertretung für: Frau Kerstin Metzner	
Thilo Untermann- CDU	Vertretung für: Herrn Christopher Lötsch	
Gregor Voht- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke	
Verwaltung		
Senator Franz-Peter Boden- FB 5 - Planen und Bauen		
Dennis Bunk- GMHL		
Karsten Schröder- Stadtplanung u. Bauordnung		
Hans-Wolfgang Wiese- Lübeck Port Authority		
Matthias Drever- Stadtgrün und Verkehr (5.660)		
Dennis Bössow- Fachbereichscontrolling (5.060)	TOP 4.2.4	
Christine Koretzky- Stadtplanung und Bauordnung	Bis TOP 4.2.6	

(5.610)	
Birgit Maaß- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	Bis TOP 4.2.5
Christian Stolte- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	Bis TOP 4.2.3
Manfred Uhlig- Haushalt und Steuerung (1.201)	Bis TOP 4.2.6
Simon Kempf- Regierungsbaureferendar	
Protokollführung	
Thomas Kaacksteen- Fachbereichscontrolling FB 5	
Gäste	
Detlev Zielke- WIRINGENIN e.V.	Bis TOP 4.2.2
Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Christopher Lötsch- CDU	Entschuldigt abwesend
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dirk Freitag- CDU	Entschuldigt abwesend
Dr. Burkhard Eymer- CDU	Entschuldigt abwesend
Kerstin Metzner- SPD	Entschuldigt abwesend
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Allgemeiner Teil
1.1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
1.3.	Niederschriften, öffentlich vom 19.12.2016
2.	Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
3.	Sonstige Beschlussvorlagen
3.1.	Aufhebung des Sanierungsgebietes "Block 49 - Roßmühle " Vorlage: VO/2016/04346
3.2.	Teilaufhebung des Sanierungsgebietes "Block 51 und 52 - Lichte Querstraße" Vorlage: VO/2016/04348
3.2.1.	Austauschvorlage zur Vorlage VO/2016/04348 Teilaufhebung des Sanierungsgebietes "Block 51 und 52 - Lichte Querstraße" Vorlage: VO/2017/04514
3.3.	II. Teilaufhebung (endgültige Aufhebung) des Sanierungsgebietes "Block 53 und 54 - Marlesgrube/Pferdemarkt/Dankwartsgrube/An der Obertrave" Vorlage: VO/2016/04350
3.4.	Teilaufhebung des Sanierungsgebietes "Block 57 - Depenau/Marlesgrube/An der Obertrave/Kleine Kiesau" Vorlage: VO/2016/04353
3.5.	Aufhebung des Sanierungsgebietes "Block 89 - Fischerggrube/Kupferschmiedestraße" Vorlage: VO/2016/04354
3.6.	II. Teilaufhebung (endgültige Aufhebung) des Sanierungsgebietes "Block 90 und 91 - Fischerggrube" Vorlage: VO/2016/04355
3.7.	Bau einer Schulsportanlage für die Schule an der Wakenitz auf dem Ballspielplatz Wattstraße (5.660) Vorlage: VO/2016/04439
3.8.	Aufhebung eines im Finanzplan/ Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2016 bestehenden Sperrvermerkes für die Erweiterung, den Umbau und die Modernisierung der Albert-Schweitzer-Schule

	Vorlage: VO/2016/04446
3.9.	Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Flächenherrichtung im Bereich Anleger 8 am Skandinavienkai (5.691) Vorlage: VO/2016/04460
3.10.	Aufhebung eines im Finanzplan/ Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2016 bestehenden Sperrvermerkes für Maßnahmen aus Brandschutzkonzept in der Gotthard-Kühl-Schule (ehm. Astrid-Lindgren-Schule) Vorlage: VO/2017/04486
4.	Mitteilungen und Berichte
4.1.	Mitteilungen des Vorsitzenden
4.2.	Sonstige Mitteilungen und Berichte
4.2.1.	Mitteilung (5.610 / 5.651): Sachstand Sternwarte
4.2.2.	Mitteilung (5.660): Possehlbrücke - Ergebnisse vom Runden Tisch am 09.01.2017
4.2.3.	Wohnungsmarktbericht 2016 Vorlage: VO/2016/04340
4.2.4.	Mündliche Mitteilung (5.060): Haushaltssatzung 2017
4.2.5.	Umgestaltung Westlicher Altstadtrand - 2.BA: Abschnitt Drehbrückenplatz bis Große Altefähre (5.610.3) Vorlage: VO/2017/04494
4.2.6.	Mündliche Mitteilung (5.610): Ergebnisse Realisierungswettbewerb Erweiterung Marienkrankenhaus
4.3.	Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
4.4.	Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5.	Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
5.1.	Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
5.2.	Neue Anfragen
5.2.1.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag des AM Arne-Matz Ramcke zu den Auswirkungen der Aufhebung der Wiederbesetzungssperre im FB 5 Vorlage: VO/2017/04507
5.2.2.	Weitere Anfragen

5.3.	Anträge
5.3.1.	Antrag Ausschussmitglied Arne-Matz Ramcke, Bündnis 90 / Die Grünen: Machbarkeit und Kosten einer Behelfsbrücke für die Überquerung der Trave auf Höhe der Possehlbrücke Vorlage: VO/2016/04458
11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Allgemeiner Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit von Herrn Lötsch und Herrn Freitag übernimmt Herr Günter Kämer als – vom Geburtsdatum – ältestes Mitglied der anwesenden Bauausschussmitglieder den Vorsitz der heutigen Bauausschusssitzung.

Der Vorsitzende Herr Kämer begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Bauausschusses.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden, die nur der Protokollerstellung dienen.

Aufgrund der Tatsache, dass einige Bauausschussmitglieder noch Folgetermine haben, schlägt der Vorsitzende vor, die Sitzung um 18:30 Uhr zu beenden und um 18:00 Uhr mit dem nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu beginnen.

Der Bauausschuss nimmt hiervon Kenntnis und stimmt dem gemachten Vorschlag einstimmig zu.

zu 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Aufnahme der folgenden Tagesordnungspunkte:

Öffentlicher Teil:

- 3.10 Aufhebung eines im Finanzplan / Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr 2016 bestehenden Sperrvermerkes für Maßnahmen aus Brandschutzkonzept in der Gotthard-Kühl-Schule (ehem. Astrid-Lindgren-Schule) **VO/2017/04486**
- 4.2.5 Umgestaltung Westlicher Altstadtrand – 2. BA: Abschnitt Drehbrückenplatz bis Große Altefähre (5.610.3) **VO/201704494**

Die Verwaltung teilt weiterhin mit, dass die Vorlage unter TOP 3.2.1 / **VO/2017/04514** (Teilaufhebung des Sanierungsgebietes „Block 51 und 52 – Lichte Querstraße“) als Austauschvorlage für die Unter TOP 3.2 / **VO/2016/04348** stehende Vorlage nachgereicht werde, da diese das betreffende Gebiet zeichnerisch falsch dargestellt habe.

Die Verwaltung beantragt die gemeinsame Diskussion der TOP 4.2.2 und 5.3.1, da es sich hierbei in beiden Fällen um die Possehlbrücke handele.

Die Verwaltung schlägt weiterhin vor, die Vorlagen des TOP 3.1 bis einschließlich TOP 3.6 en bloc abzustimmen.

Herr Dr. Brock beantragt die Vertagung des TOP 6.3.1 – Bericht Herreninsel (VO/2016/04450) um eine Sitzung, da in seiner Partei darüber noch Diskussionsbedarf bestünde.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie vorab besprochen einstimmig.

zu 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 19.12.2016

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 19.12.2016, da diese noch nicht vorliege.

Der Bauausschuss vertagt den Beschluss der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.12.2016 einstimmig auf den 06.02.2017.

zu 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

zu 3 Sonstige Beschlussvorlagen

zu 3.1 Aufhebung des Sanierungsgebietes "Block 49 - Roßmühle " Vorlage: VO/2016/04346

Der Vorsitzende weist noch einmal darauf hin, dass die Vorlagen TOP 3.1 bis TOP 3.6 en

block abgestimmt werden und eine mögliche Beratung bzw. Diskussion aller Gebiete unter diesem TOP abgelegt werde.

Frau Kaske möchte wissen, ob die Ausgleichsbeträge schon von den Eigentümern bezahlt worden seien und wenn ja in welcher Höhe.

Frau Maaß erläutert, dass rund 50% der Eigentümer schon bezahlt hätten und man kontinuierlich überprüfe, wo eine Sanierung abgeschlossen sei, um dann per Einzelentlassung die Eintragung im Grundbuch zu löschen. Die Berechnung des Ausgleichsbetrages basiere auf den Ermittlungen des Gutachterausschusses und belief sich im Durchschnitt auf rund 25 Euro pro Quadratmeter Grundstücksfläche.

Es wird erläutert, dass die Eigentümer, die die Ausgleichsbeträge bisher noch nicht bezahlt haben, diese auch in Teilzahlung leisten können (Ergänzungen gemäß Bauausschusssitzung vom 06.02.2017).

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Block 49 - Roßmühle“ wird beschlossen.

zu 3.2 Teilaufhebung des Sanierungsgebietes "Block 51 und 52 - Lichte Querstraße" Vorlage: VO/2016/04348

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen. Austauschvorlage siehe TOP 3.2.1 (VO/2017/04415).

zu 3.2.1 Austauschvorlage zur Vorlage VO/2016/04348 Teilaufhebung des Sanierungsgebietes "Block 51 und 52 - Lichte Querstraße" Vorlage: VO/2017/04514
--

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Teilaufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Block 51 und 52 – Lichte Querstraße“ wird beschlossen.

**zu 3.3 II. Teilaufhebung (endgültige Aufhebung) des Sanierungsgebietes "Block 53 und 54 - Marlesgrube/Pferdemarkt/Dankwartsgrube/An der Obertrave"
Vorlage: VO/2016/04350**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur endgültigen Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Block 53 und 54 – Marlesgrube/Pferdemarkt/Dankwartsgrube/An der Obertrave“ (II. Teilaufhebung) wird beschlossen.

**zu 3.4 Teilaufhebung des Sanierungsgebietes "Block 57 - Depenau/Marlesgrube/An der Obertrave/Kleine Kiesau"
Vorlage: VO/2016/04353**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Teilaufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Block 57 – Depenau/Marlesgrube/An der Obertrave/Kleine Kiesau“ wird beschlossen.

**zu 3.5 Aufhebung des Sanierungsgebietes "Block 89 - Fischerggrube/Kupferschmiedestraße"
Vorlage: VO/2016/04354**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Block 89 – Fischergrube/Kupferschmiedestraße“ wird beschlossen.

zu 3.6 II. Teilaufhebung (endgültige Aufhebung) des Sanierungsgebietes "Block 90 und 91 - Fischergrube"
Vorlage: VO/2016/04355

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur endgültigen Aufhebung der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Block 90 und 91 - Fischergrube“ (II. Teilaufhebung) wird beschlossen.

zu 3.7 Bau einer Schulsportanlage für die Schule an der Wakenitz auf dem Ballspielplatz Wattstraße (5.660)
Vorlage: VO/2016/04439

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob bei dieser Neuanlage die Abstände zur Wohnbebauung eingehalten würden und ob es feste Zeiten für die Nutzung bezüglich des Lärmpegels gäbe. Weiterhin möchte sie wissen, ob die Waldorfschule als Mitnutzer des Sportplatzes sich auch finanziell beteilige.

Herr Drever teilt mit, dass die Abstände zur Wohnbebauung insofern eingehalten seien, als dass hier auch vorher schon ein Bolzplatz gewesen sei, der nunmehr nur umgestaltet werde. Feste Zeiten für die Nutzung werden nicht festgelegt. Gemäß Auftrag aus der Bürgerschaft sollen Sportflächen für die Allgemeinheit ständig zugänglich sein.

Ein zu erwartender Lärmpegel sei nicht vorhersehbar und entstünde hier ggf. durch den Bolzplatz, der aber bereits Bestandteil der Anlage war und bleibt. Die Laufbahn und Sprunganlage würde hauptsächlich zu Schulzeiten benutzt werden; auch außerhalb dieser Zeiten sei der Lärmpegel geringer als auf dem Bolzplatz. Insofern entstünde hier voraussichtlich kein zusätzlicher Lärm.

Nachtrag zur Niederschrift:

Eine finanzielle Beteiligung sei dem Bereich Stadtgrün und Verkehr nicht bekannt, ebenso ob es ggf. Abstimmungen mit dem Bereich Schule und Sport gegeben habe. Nach Kenntnis des Bereiches hat die Waldorfschule auch schon die früher bestehenden Sportanlagen der Schulen mitbenutzt.

Herr Ramcke möchte wissen, wie hoch der Zaun werden solle, der die Anlage umgebe.
Herr Drever teilt mit, dass diese ca. 1,40m hoch werden.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Das Projekt „Bau einer Schulsportanlage für die Schule an der Wakenitz auf dem Ballspielplatz Wattstraße“ wird freigegeben.

zu 3.8 Aufhebung eines im Finanzplan/ Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2016 bestehenden Sperrvermerkes für die Erweiterung, den Umbau und die Modernisierung der Albert-Schweitzer-Schule
Vorlage: VO/2016/04446

Herr Dr. Brock möchte wissen, ob das Projekt vom Bauausschuss bzw. der Bürgerschaft freigegeben worden sei, da er sich nicht mehr daran erinnere.

Herr Bunk erklärt, dass die Freigabe seinerzeit erfolgt sei und es sich hierbei nur um den Schulstandort und nicht um die Sporthalle handele. Er erläutert weiter, dass es hierfür auch keine Förderung gäbe und das Projekt auch noch jederzeit von der Politik angehalten werden könne.

Herr Senator Boden weist ergänzend auf den momentanen Zustand des Schulgebäudes hin und unterstreicht damit die Dringlichkeit des Umbaus und der Modernisierung.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.9 Freigabe zur Umsetzung der Maßnahme Flächenherrichtung im Bereich Anleger 8 am Skandinavienkai (5.691)
Vorlage: VO/2016/04460

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Umsetzung der Maßnahme Flächenherrichtung im Bereich Anleger 8 am Skandinavienkai wird begonnen.

**zu 3.10 Aufhebung eines im Finanzplan/ Investitionstätigkeiten im Haushaltsjahr 2016 bestehenden Sperrvermerkes für Maßnahmen aus Brandschutzkonzept in der Gotthard-Kühl-Schule (ehm. Astrid-Lindgren-Schule)
Vorlage: VO/2017/04486**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 4 Mitteilungen und Berichte

zu 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

**zu 4.2.1 Mitteilung (5.610 / 5.651):
Sachstand Sternwarte**

Herr Schröder erläutert, dass das B-Planverfahren laufe und der Planentwurf zur Behördenbeteiligung und zur öffentlichen Auslegung vorbereitet werde. Im Frühjahr und im Sommer 2017 werden diese nächsten Verfahrensschritte folgen.

Herr Bunk erläutert die dargestellte Variante der Gestaltung an der Schule Grönauer Baum und erklärt, dass der Aufwand und die Kosten noch zu ermitteln seien. Hiermit könne Mitte bis Ende Februar 2017 gerechnet werden.

Es wird zugesagt, die dargestellte Variante den Bauausschussmitgliedern per Mail zur Verfügung zu stellen.

Frau Kaske äußert die Bitte, dass der Verein der Sternwarte die bestmögliche Hilfe und Unterstützung der Stadt erhalten solle.

Frau Friedrichsen möchte wissen, wie es an dem Standort mit der Himmelsverschmutzung aussehe und ob dies ein geeigneter Standort sei.

Herr Bunk führt aus, dass der Verein dies vorab geprüft habe und sich damit arrangieren könne, obwohl es nicht der optimale Standort sei.

Herr Howe möchte wissen, ob der in der Skizze dargestellte Baum und eventuell noch andere gefällt werden müssten.

Herr Bunk erklärt, dass dies noch nicht bekannt sei, der Standort des Baumes, im Nahbereich des Schulgebäudes, aber sowieso noch zur Prüfung anstehe. Ziel sei es selbstverständlich den Bestand zu erhalten.

Herr Ramcke möchte wissen, ob es einen festgelegten Zeitplan gäbe.

Herr Bunk erläutert, dass es keine unmittelbare Abhängigkeit der Realisierung der Sternwarte mit der Bautätigkeit an der Schule gäbe, allerdings seien vorab noch rechtliche Aspekte zu klären. Die vorgesehenen Räumlichkeiten können allerdings seitens des Vereins der Sternwarte bereits genutzt werden.

Herr Rostkowski möchte wissen, ob die Fördermittel bereits ausgeschöpft seien oder ob die Verwaltung noch helfen könne.

Herr Bunk führt aus, dass dies ein privater Verein sei, der sich finanziell selber aufstellen müsse.

Herr Leber fragt nach der zweiten Variante.

Herr Bunk erklärt, dass diese u.a. teurer werde und der Verein auch die erste dargestellte Variante bevorzuge.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

<p>zu 4.2.2 Mitteilung (5.660): Possehlbrücke - Ergebnisse vom Runden Tisch am 09.01.2017</p>
--

Wie bereits unter TOP 1.2 beschlossen werden dieser Bericht und der Antrag unter TOP 5.3.1 zusammen diskutiert. Die Diskussion wird unter diesem TOP zusammengefasst und die Ergebnisse jeweils zusätzlich unter dem zugeordneten Punkt.

Herr Drever erläutert die Inhalte des geführten Gesprächs am Runden Tisch mit dem Bürgermeister am 09.01.2017 und verweist auf die umverteilte Pressemitteilung der Hansestadt Lübeck. Weiterhin weist Herr Drever auf den umverteilten Beschlussvorschlag der Verwaltung hin.

Herr Howe möchte wissen, wie teuer die in Aussicht gestellte Machbarkeitsstudie werde. Herr Drever beziffert diese Kosten mit rund 30 TEUR, die Bearbeitung werde nach ersten Erkenntnissen rund sechs Wochen dauern.

Herr Dr. Brock äußert seine Enttäuschung darüber, dass seitens der Verwaltung immer wieder gesagt wurde, dass eine Baustellenampel und eine Behelfsbrücke nicht möglich sei und nun werde auf Wunsch der Initiative diese Möglichkeit in Erwägung gezogen. Er sehe sich als Politiker diesbezüglich von der Verwaltung nicht ernst genommen. Herr Dr. Brock möchte auch wissen, ob die Verwaltung damals schon eine Machbarkeitsstudie für eine Behelfsbrücke geprüft habe.

Herr Senator Boden zeigt Verständnis für die Kritik, weist aber auch darauf hin, dass er weiterhin den Aussagen seiner Fachleute vertraue, und sowohl einer Ampel, als auch einer Ersatzbrücke skeptisch gegenüber stehe und man erst einmal die Testphase bzw. das Ergebnis der Studie abwarten solle.

Herr Voht sieht den Versuch einer Ampelanlage an der Brücke als nicht schädlich an, verwehrt sich aber dagegen, einer Machbarkeitsstudie zuzustimmen, die den Bau einer Ersatzbrücke in Höhe von 3,0 bis 3,5 Mio. Euro nach sich ziehen würde und nur für einen Zeitraum von rund sechs Monaten genutzt werde.

Herr Pluschkell verweist auf seine, an den Bereich Stadtgrün und Verkehr versandte Mail, mit der Bitte um Prüfung einer Ampelanlage am Mühlenteller (für die Zeit der Bauphase an der Possehlbrücke) und bedauert, dass hierzu keine Antwort gekommen sei, aber der Vorschlag zur Ampel an der Brücke der Initiative, testweise umgesetzt werde.

Herr Senator Boden verweist auf den überdurchschnittlich hohen Fahrradverkehr am Mühlenteller und sieht eine Ampelschaltung, die diese Verkehre sinnvoll regule, als nicht möglich an. Außerdem könne man beide Ampelanlagen nicht miteinander vergleichen.

Herr Ramcke erläutert, dass man nicht nur von einer Nutzungsdauer der Behelfsbrücke von sechs Monaten ausgehen solle, denn es könne seiner Meinung nach auch zu einer noch späteren Fertigstellung der Possehlbrücke kommen, als momentan geplant. Er möchte wissen, ob die Verwaltung nach einer geglückten Testphase einer Ampelschaltung entscheide, ob dauerhaft während der Bauzeit diese Ampel bestehen bleiben würde.

Herr Drever erläutert, dass der Bauausschuss über das Ergebnis der Testphase informiert werde.

Herr Mihr spricht sich gegen die Übernahme der Kosten der Hansestadt Lübeck für die Machbarkeitsstudie aus. Er sieht es als sinnlos an, Geld auszugeben, ohne zu wissen, ob die Behelfsbrücke realisiert werde.

Herr Howe weist darauf hin, dass es nicht ganztägig an bestimmten Stellen zu Staubbildungen komme, sondern hauptsächlich zur den Hauptverkehrszeiten. Er habe Bedenken 3,5 Mio. Euro für einen relativ kurzen Zeitraum für diese Brücke auszugeben. Auch habe er Bedenken gegen eine Ampel am Mühlentorteller.

Herr Rosenbohm ergänzt, dass die Verwaltung nicht von vornherein gesagt habe, dass eine Behelfsbrücke nicht realisierbar sei, sondern darauf hingewiesen habe, dass diese teuer werde und eine mögliche Umsetzung mit vielen Schwierigkeiten zusammenhänge. Er spräche sich gegen die Machbarkeitsstudie aus.

Herr Prieur äußert sein Verständnis für die Gewerbetreibenden in Genin gerade im Hinblick auf die angekündigte Baumaßnahme im Zuge der A20, die die Situation seiner Meinung nach verschärfen werde.

Herr Zielke von der Initiative „WIRINGENIN e.V.“, dem seitens des Bauausschusses Rede-recht eingeräumt wurde, erwähnt, dass ihm von einem Fachmann die Gestaltung einer Er-

satzbrücke auf den schon gebauten Fundamenten, erörtert wurde. Herr Zielke sagt zu, dass es sich darum kümmern werde, dass dieser Vorschlag dem Bereich Stadtgrün und Verkehr zugetragen werde.

Herr Zielke stellt auch noch einmal dar, dass es der Initiative um den entstandenen volkswirtschaftlichen Schaden gehe und nicht um den Umsatzschaden und sagt zu, zu prüfen, ob sich die Initiative an den Kosten einer Machbarkeitsstudie beteiligen werde.

Herr Senator Boden sagt zu, dass die Verwaltung den weiteren Fahrplan mit der Initiative abstimmen werde, wenn dem Beschlussvorschlag im Bauausschuss zugestimmt werde. Anschließend werde es hierzu eine Berichterstattung im Bauausschuss geben.

Herr Voht weist darauf hin, dass es seitens der Verwaltung gar nicht geplant sei, eine Ersatzbrücke zu bauen, da bisher vom Bürgermeister noch keine Mittel im Haushalt eingestellt worden seien.

Der Vorsitzende lässt über folgenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die Realisierung einer Behelfsbrücke über die Trave in Höhe der Possehlbrücke in Auftrag zu geben.

Insbesondere soll hierbei untersucht werden, wie schnell eine Behelfsbrücke erstellt werden kann und zu welchen Kosten.

Weiterhin ist eine Kosten / Nutzen Analyse durchzuführen, welche aufzeigen soll, ob die Erstellung einer Behelfsbrücke bis zum Bauende der Possehlbrücke sinnvoll und vertretbar ist.

Abstimmungsergebnis:

Für den Beschlussvorschlag der Verwaltung: 12 Stimmen

Gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung: 2 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Bauausschuss beschließt den oben stehenden Beschlussvorschlag der Verwaltung mehrheitlich.

Herr Ramcke zieht seinen unter TOP 5.3.1 gestellten Antrag zurück, da der soeben beschlossene Beschlussvorschlag weitreichender sei, als der Antrag.

Der Bauausschuss nimmt von dem Bericht Kenntnis.

<p>zu 4.2.3 Wohnungsmarktbericht 2016 Vorlage: VO/2016/04340</p>
--

Frau Kaske spricht die auf der Seite 9 dargestellten, rückläufigen Zahlen bis 2013 bei den Neubautätigkeiten an und möchte wissen, worauf dies zurückzuführen sei, auf weniger Anträge oder auf eine reduzierte Antragsbearbeitung durch Personalengpässe.

Herr Stolte erläutert, dass es sich hierbei um weniger Anträge gehandelt habe, er aber nicht wisse, wieso.

Frau Kaske möchte zu den zurückgegangenen Zahlen der Wohngeldempfänger wissen, woran das liege.

Nachträgliche Beantwortung zur Niederschrift:

Die Erhöhung des Wohngeldes erfolgt nicht dynamisch und an die Preisentwicklung angepasst, sondern alle paar Jahre – zum letzten Mal im Jahr 2009. Aufgrund der damals ange-

hohenen Einkommensgrenzen hat sich der Empfängerkreis sprunghaft erhöht. Im Trend nimmt die Zahl der Empfängerhaushalte dann Jahr für Jahr ab, da sich die Einkommen mit der Zeit erhöhen und immer mehr Haushalte die Einkommensgrenze wieder überschreiten – bis zur nächsten Erhöhung.

Herr Quirder möchte wissen, ob bei der dargestellten rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in den Stadtteilen (Seite 15) in Moising das Projekt „Soziale Stadt Moising“ mit berücksichtigt sei.

Herr Stolte erläutert, dass neue Baugebiete nicht mit in die Prognosen einfließen.

Frau Friedrichsen spricht die im Bericht auf den Seiten 23 und 18 aufgeführten Bedenken bezüglich altersgerechten Wohnen an und möchte wissen, warum kleine und barrierefreie Wohnungen nicht mit dargestellt seien. Und ob diese beim Neubau eine Rolle spielten.

Herr Stolte führt aus, dass hierfür keine Bestandsdaten vorlägen.

Frau Friedrichsen merkt an, dass es viele ältere **und auch jüngere** Wohnungssuchende gäbe, die gerade kleine und auch barrierefreie Wohnungen suchen würden, **welche auch bezahlbar sein müssten (Ergänzungen gemäß Bauausschusssitzung vom 06.02.2017)**.

Herr Stolte stellt in Aussicht, dass dies im Wohnungsmarktbericht 2017 mit aufgenommen werden könne.

Herr Senator Boden ergänzt, dass hierbei auch die rechtlichen Vorschriften seitens der Wohnungsbaugesellschaften und der privaten Vermieter berücksichtigt werden müssen.

Herr Rosenbohm möchte wissen, warum Howingsbrook und die Neue Teutendorfer Siedlung im Anhang nur unter der Kategorie „langfristig“ aufgeführt seien, obwohl unter Lübeck 2030 die Kategorie 1 festgelegt worden sei.

Herr Stolte erläutert, dass die Kategorie C bedeute, dass momentan noch kein B-Planverfahren begonnen und dies auch keine Aussage zu einer möglichen Priorisierung sei. Die beiden Flächen seien nicht zuletzt deswegen nur langfristig umsetzbar, da neben dem Bauleitplanverfahren auch ein Zielabweichungsverfahren vom Regionalplan durchgeführt werden müsse.

Frau Kaske gibt den Hinweis, dass **es auch eine Wohnberatungsstelle am Kolberger Platz gäbe, an der sich auch die Wohnungsbaugesellschaften beteiligen würden und man sich dort erkundigen könne, wie man eine Wohnung behindertengerecht umgestalten könne (Ergänzungen gemäß Bauausschusssitzung vom 06.02.2017)**.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.4 Mündliche Mitteilung (5.060): Haushaltssatzung 2017

Herr Bössow erläutert das umverteilte Papier bezüglich des aktuellen Haushalts 2017 für den Fachbereich 5.

Herr Ramcke möchte wissen, ob das vom Bereich Stadtgrün und Verkehr für die Baustellen vorgestellte Programm „VIA-Baustellen“ haushalterisch schon eingestellt sei.

Herr Bössow erläutert, dass dies nicht der Fall sei.

Herr Senator Boden ergänzt, dass hierfür seitens der Verwaltung Interesse bestehe und es den Parteien vorbehalten sei, hierfür z.B. in der Bürgerschaft am 26.01.2017 einen Antrag zum Haushalt 2017 zu stellen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.2.5 Umgestaltung Westlicher Altstadtrand - 2.BA: Abschnitt Drehbrückenplatz bis Große Altefähre (5.610.3)
Vorlage: VO/2017/04494**

Frau Koretzky erläutert anhand einer Präsentation die möglichen weiteren Schritte zur Umgestaltung des Gebietes vom Drehbrückenplatz bis „Große Altefähre“.

Herr Ramcke möchte wissen, ob die Kaimauer unter Denkmalschutz stehe, was Frau Koretzky verneint (Ergänzungen gemäß Bauausschusssitzung vom 06.02.2017).

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.2.6 Mündliche Mitteilung (5.610):
Ergebnisse Realisierungswettbewerb Erweiterung Marienkrankenhaus**

Herr Schröder zeigt und erläutert die Arbeiten der ersten drei Preisträger und den Ankauf des Realisierungswettbewerbs anhand einer Präsentation und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

Herr Schröder informiert, dass die frühzeitige öffentliche Beteiligung zum B-Planverfahren Triftstraße / Georg-Kerschensteiner-Straße am 18.01.2017; 18:30 Uhr im i-Punkt Mühlendam 12 stattfinden werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

zu 5 **Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes**

zu 5.1 **Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

5.1.1 **Heiligen-Geist-Kamp / Roeckstraße abbiegen (Herr Quirder) – 5.660 (TOP 5.2.2 am 19.12.2016)**

Herr Quirder spricht die geänderte Verkehrsführung des Abbiegens vom Heiligen-Geist-Kamp (von der Marlistraße kommend) in die Arnimstraße / Roeckstraße (Richtung Gustav-Radbruch-Platz (GRP)) an. Vor der Änderung war ein zweispuriges Abbiegen möglich und der Linienbus konnte direkt die nächste Haltestelle anfahren. Jetzt kann man nur noch von der ganz linken Spur abbiegen, was teilweise zu langen Rückstau führe. Herr Quirder möchte wissen, warum diese Änderung erfolgt sei.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort der Abteilung Verkehrseinrichtungen (5.660.3-4) des Bereichs Stadtgrün und Verkehr (5.660):

Diese Lichtsignalanlage (LSA) gehörte zu einer von sechs Anlagen, welche in 2016 erneuert wurden, d.h. es erfolgte ein Austausch der veralteten Steuergerätetechnik und eine Umrüstung der Signalgeber auf stromsparende 40-Volt-LED-Technik.

Bei einer solchen Erneuerung erfolgt grundsätzlich eine Überprüfung der Signalprogramme anhand von aktuellen Verkehrszahlen. Diese Zahlen zeigten u.a. eine deutliche Verkehrsabnahme des linksabbiegenden Verkehrsstromes vom Heiligen-Geist-Kamp (von der Marlistraße kommend) in die Arnimstraße / Roeckstraße (Richtung GRP), und Zunahmen auf der B75 und der Arnimstraße.

Durch Einrichtung getrennt signalisierter Linksabbieger war es möglich, trotz Reduzierung der Umlaufzeiten, die Grünzeiten für die Hauptrichtung deutlich und für die Nebenrichtung geringfügig zu erhöhen. Dazu war es jedoch erforderlich, das Linksabbiegen aus der mittleren Spur aufzugeben um eine Zweispurigkeit für die Hauptrichtung (B75) zu erhalten.

Weiterhin wurde für den rechtsabbiegenden Verkehr von der Arnimstraße in den Heiligen-Geist-Kamp eine zusätzliche Rechtsabbiegephase eingerichtet. Hier kam es in der Vergangenheit, insbesondere in den Morgenstunden, immer wieder zu starken Beeinträchtigungen durch den Fußgänger- und Radverkehr, was in der Folge zu Schleichverkehr durch die Ernst- und Rabenstraße in Richtung Heiligen-Geist-Kamp und zu regelmäßigen Beschwerden führte. Dieser Punkt wurde in den letzten Jahren mehrfach im Arbeitskreis für Verkehrsfragen (AKV) besprochen und letztendlich von dort angeordnet.

In dem Zusammenhang konnte außerdem durch eine Harmonisierung der Umlaufzeiten mit den LSAs am Sandberg eine Koordinierung eingerichtet werden, wodurch ein besserer Verkehrsfluss auf der B75 erreicht werden konnte. In den nächsten Jahren

ist mit der Erneuerung der Signalanlagen in der Roon- und Wallbrechtstraße eine Verlängerung dieser Koordinierung geplant, um dem Verkehrsaufkommen und der Bedeutung der B75 zukünftig besser gerecht zu werden.

Nach Inbetriebnahme der umgebauten Signalanlage waren in der Tat morgens längere Rückstaus auf der Linksabbiegespur zu verzeichnen. Durch eine kurzfristige Anpassung der Signalprogramme konnte dieses Problem jedoch beseitigt werden. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass zukünftig in einigen Fällen nicht immer alle Fahrzeuge während der Grünphase die LSA passieren können.

Insgesamt ist auf jeden Fall festzustellen, dass die durchgeführten Änderungen zu einer deutlichen Verbesserung geführt haben. Entsprechende positive Rückmeldungen einiger Verkehrsteilnehmer bestätigen diesen Eindruck. Dennoch werden im Rahmen der personellen Möglichkeiten die Signalanlagen immer wieder überprüft und die Signalprogramme ggf. angepasst.

Die Erreichbarkeit der Bushaltestelle ist durch die Einspurigkeit des Linksabbiegers auf jeden Fall nicht beeinträchtigt.“

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.2 Baumpflegekonzept (Herr Ramcke) – 5.660 (TOP 5.2.4 am 05.09.2016)

Wie hoch liegen die Kosten pro Jahr für den aktuellen Aufwand der Pflege und wie hoch würden die Kosten steigen, wenn man für eine optimale Pflege sorgen wollen würde?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Bisher sind in der Baumkontrolle und Baumpflege 23 MitarbeiterInnen im Außendienst und zwei Vollzeitstellen in der Verwaltung beschäftigt. 2016 wurden Sachmittel in Höhe von ca. 650.000 EUR aufgewendet.

Zur Durchführung einer ordnungsgemäßen Baumkontrolle und -pflege besteht gegenwärtig ein Mehrbedarf für den bisher nicht kontrollierten Bestand im Umfang von ca. 45.000 Bäumen.

Die Erfassung im Baumkataster sowie die ausstehenden technischen Untersuchungen sind nicht mit eigenem Personal leistbar. Hier soll eine Vergabe der Leistungen erfolgen. Die Kosten von ca. 1 Mio. EUR werden - über mehrere Jahre gestreckt - im Haushalt berücksichtigt.

Mit der Ersterfassung der Bäume erhöhen sich folgerichtig die Aufwände für die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen, sowie für weitergehende Untersuchungen, die mit eigenem Personal vorgenommen werden sollen. Entsprechende Wiederbesetzungsverfahren sind eingeleitet.

Für die Maßnahmen, die nicht mit eigenem Personal bearbeitet werden, sind bereits im Haushaltsplan 2017 zusätzliche Haushaltsmittel von ca. 400.000 Euro enthalten.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.3 Umgestaltung An der Untertrave (Herr Voht) – 5.660 / 5.610 (TOP 5.2.10 am 07.11.2016)

Herr Voht möchte von der Verwaltung aufgezeigt haben, in welcher Höhe bisher Kosten für die Planung für die Umgestaltung An der Untertrave angefallen seien und welche Kosten davon vergebens seien, wenn es zu keiner Umgestaltung kommen werde.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Für den 1. Bauabschnitt (Holstentorbrücke bis vor Drehbrückenplatz) wurden bislang ca. 480.000 Euro Planungskosten in Rechnung gestellt und angewiesen. Die Kosten für die extern beauftragte Projektkoordination belaufen sich für den 1. Bauabschnitt bisher auf ca. 35.000 Euro.

Welche Kostenanteile davon vergebens sind, kann zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beziffert werden, da bei einer Neuplanung / Umplanung ggf. Anteile der Planungsleistungen weiter verwendet werden könnten.

Interne Personalkosten der Mitarbeiter aus 5.610 (Stadtplanung und Bauordnung) und 5.660 (Stadtgrün und Verkehr) sind in diesen Kosten nicht enthalten.

Die Kosten für u.a. Baugrundgutachten, Vermessung sowie Baumgutachten (ca. 50.000 Euro) gehören auch zu den Planungskosten, können jedoch als nicht vergebens angesehen werden, da die darin enthaltenen Aussagen weiter genutzt werden können.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.4 Kühnefabrik in Schlutup (Herr Lötsch) – 5.610 (TOP 5.2.2 am 07.11.2016)

Herr Lötsch möchte wissen, ob es einen neuen bzw. aktuellen Sachstand zur ausgebrannte ehemaligen Kühnefabrik in Schlutup gibt. Vor dem ausgebrannten Gebäude würden die Brandreste noch auf dem eingezäunten Fußweg liegen.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Derzeit laufen Gespräche zwischen der Firma Kühne und einem Unternehmen, das erwägt das Gelände zu übernehmen und in eine Neuentwicklung zum Wohnbaustandort zu investieren. Näheres soll der Bauverwaltung in absehbarer Zeit mitgeteilt werden. Der Bauausschuss wird über neue Erkenntnisse informiert.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5.2.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag des AM Arne-Matz Ramcke zu den Auswirkungen der Aufhebung der Wiederbesetzungssperre im FB 5
Vorlage: VO/2017/04507**

Anfrage:

Der Fachbereich 5 wird aufgefordert, zur kommenden Bauausschusssitzung eine Übersicht vorzustellen, aus dem der aktuelle Personalstand mit den Konsequenzen nach Aufhebung der Wiederbesetzungssperre hervorgeht.

1. Anzahl der aktuell offenen Stellen mit Bezug zur Organisationsstruktur (Hierarchie und Abteilung)
2. Anzahl der im Laufe der kommenden 18 Monaten altersbedingt nachzubesetzenden Stellen mit Bezug zur Organisationsstruktur (Hierarchie und Abteilung)
3. Zeitplan und Strategie zur Wiederbesetzung der offenen Stellen

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2.2 Weitere Anfragen

5.2.2 Kepler-Gelände (Herr Ramcke) – 5.651

Herr Ramcke möchte wissen, ob es stimme, dass bei den Abbrucharbeiten auf dem Kepler-Gelände diverse Kupferrohre gestohlen worden seien.

Abschließende Antwort:

Herr Bunk teilt mit, dass ihm dies nicht bekannt sei.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.3 Gelände an der Wakenitz auf Marli (Herr Dr. Brock) – 5.691

Herr Dr. Brock spricht den Zustand bei dem Gebäude und der Fläche an der Wakenitz auf der Seite Marli an.

Abschließende Antwort:

Herr Wiese erläutert, dass es hier Unstimmigkeiten gegeben habe, der Bereich aber mit den zukünftigen Pächtern in Verbindung stehe. Ein Ergebnis der Bauvoranfrage liege inzwischen vor.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.4 Bahnhofspunkt Moisling (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell möchte wissen, ob es mittlerweile eine verbindliche schriftliche Zusage aus dem Ministerium bezüglich der Realisierung des Bahnhofstempelpunktes Moisling gäbe.

Abschließende Antwort:

Herr Senator Boden führt aus, dass der vorliegende Pressebericht für ihn als Zusage ausreichend sei und die Nah.SH bereits mit Planungen zum Bahnhofstempelpunkt begonnen habe.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 Neuer Investor am Güterbahnhof (Herr Pluschkell) – 5.610

Herr Pluschkell möchte wissen ob es seitens der Verwaltung schon einen Kontakt zum neuen Investor am Güterbahnhof gegeben habe und wie das weitere Verfahren aussehe.

Abschließende Antwort:

Herr Senator Boden merkt an, dass es bereits ein sogenanntes „Kennenlerngespräch“ gegeben habe und der neue Investor auf Basis der bestehenden Planungen diese auch weiter umsetzen wolle.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Anträge

zu 5.3.1 Antrag Ausschussmitglied Arne-Matz Ramcke, Bündnis 90 / Die Grünen: Machbarkeit und Kosten einer Behelfsbrücke für die Überquerung der Trave auf Höhe der Possehlbrücke Vorlage: VO/2016/04458
--

Antrag:

Die Bauverwaltung prüft die Machbarkeit und Kosten einer Behelfsbrücke für die Überquerung der Trave auf Höhe der Possehlbrücke.

Ziel ist es, eine Entlastung des fahrenden Verkehrs zu erreichen und die Gewerbetreibenden im Lübecker Süden nicht länger als die ursprünglich angekündigte Bauzeit durch die Einschränkungen der Verkehre zu belasten.

Herr Ramcke zieht seinen gestellten Antrag zurück, da der unter TOP 4.2.2 beschlossene Beschlussvorschlag weitreichender sei, als der Antrag.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung – nach Beendigung des öffentlichen Teils - zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit (18:10 Uhr).

zu 11 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil **keine** Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 18:32 Uhr.

Lübeck, den 9. März 2017

Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen
Protokollführung